

# Zweierlei Maß

## Ehemaligen jüdischen Partisanen werden in Litauen Kriegsverbrechen vorgeworfen

VON ROBERT B. FISHMAN

„Juden raus“ steht auf Deutsch neben Hakenkreuzen an der Fassade des jüdischen Gemeindehauses in Litauens Hauptstadt Vilnius. Unbekannte haben das Gebäude just an dem Tag (9. August) beschmiert, an dem Juden in aller Welt der Zerstörung des Tempels gedenken. Bereits am litauischen Unabhängigkeitstag im März zogen „Juden raus“ grölende Neonazis unbehelligt durch Vilnius. Gleichzeitig ermittelt die litauische Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Partisanen der Einheit „Vilnius“, die auf sowjetischer Seite gegen die Nazis gekämpft haben. Etwa 300 von ihnen sollen im Januar 1944 im Dorf Kaniūkai 38 litauische Zivilisten erschossen haben.

Die 86-jährige Ghettoüberlebende Fania Branstowsky erhielt Anfang Mai Besuch von Beamten, die sie zu ihrer Rolle bei den Partisanen während des Zweiten Weltkriegs befragen wollten. Rachel Margolis, die dem Naziterror ebenfalls knapp entkommen war und in den vergangenen Jahren jeden Sommer in Vilnius verbrachte, um Einheimische und Besucher über das Schicksal der Juden der Stadt zu informieren, traute sich 2008 wegen der Ermittlungen nicht mehr nach Litauen. 2005 hatte sie der damalige litauische Premierminister noch für ihren Einsatz gegen die Nazi-Besatzer ausgezeichnet.

Nach Protesten des Simon-Wiesenthal-Zentrums und anderer versprach Staatspräsident Valdas Adamkus Anfang August, dass die Ermittlungen eingestellt würden. Die Generalstaatsanwaltschaft versicherte derweil, dass es sich um streng rechtsstaatliche Ermittlungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Artikel 100 des litauischen Strafgesetzbuches handle. Unter den vielen Personen, die man dabei befragen wolle, seien nur drei Juden. Diese wolle man nur als Zeugen vernehmen, Beschuldigte gäbe es in diesem Verfahren bisher nicht. Ermittelt werde völlig unabhängig von Nationalität und Herkunft. Die Generalstaatsanwaltschaft verweist auf ihre Statistik. Diese nennt drei Verfahren wegen Beteiligung am Völkermord an den litauischen Juden, die die Behörde seit 1990 den Gerichten übergeben habe. Vier der 25 seit 1990 wegen Kriegsverbrechen eingeleiteten Ermittlungsverfahren richteten sich gegen ehemalige sowjetische Partisanen.

Mehrere litauische Zeitungen und deutsche Neonazi-Seiten im Internet nutzen die Ermittlungen für hässliche Berichte über „die Juden“, die, obwohl selbst Kriegs-



Komten auf willige Helfer zählen: Soldaten der Nazi-Wehrmacht 1941 vor einer Synagoge in Litauen, die von Einheimischen in Brand gesteckt wurde

Foto: dpa

verbrecher, sich als Opfer darstellten. In Deutschland berichtete unter anderem die Zeitung Junge Freiheit über ein angebliches Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Leiter der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Yitzhak Arad. In Litauen hieß es, dass Arad lediglich als Zeuge vernommen werden sollte. „Ein späteres Ermittlungsverfahren gegen ihn ist aber nicht ausgeschlossen“, sagte eine Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft am Montag.

Arad bestreitet die Vorwürfe. Er habe auch nicht, wie behauptet, für den sowjetischen Geheimdienst NKWD gearbeitet. „Politischen Druck“ vermuten mehrere deutsche Historiker hinter den Ermittlungen. In einem offenen Brief wollen sie die Kommission der Europäischen Union auffordern, „ihren Entschluss zu überdenken, Vilnius zur Kulturhauptstadt 2009 zu erklären“. Einem Land, in dem antisemitische Stimmungsmache derart breiten Raum ein-

nehme, stehe eine solche Auszeichnung nicht zu. „Medien und Justiz bedienen sich dabei des gleichen Stereotyps, das in den Jahren der deutschen Besatzung der massenhaften Beteiligung von Litauern am Massenmord an der jüdischen Bevölkerung zugrunde lag: Juden werden mit Kommunismus, dem sowjetischen System und sowjetischen Partisanen identifiziert. Demgegenüber wird gegen die litauischen Kollaborateure der deutschen Besatzer, die für die Ermordung von mehr als 200.000 Juden in den Jahren 1941 bis 1944 mitverantwortlich sind, nicht ermittelt“, heißt es in dem Offenen Brief der Erstunterzeichnerinnen Gudrun Schroeter, Susanne Heim, Dagi Knellessen und Franziska Bruder.

Efraim Zuroff vom Simon-Wiesenthal-Zentrum in Israel bestätigt diesen Eindruck: „Wir haben den litauischen Behörden sehr viele Informationen zur Verfügung gestellt. Trotzdem ermitteln sie (gegen mutmaßliche litauische Kriegsverbrecher, d. Red.) erstaunlich langsam“, sagte er der israelischen Zeitung Haaretz. Die Ermittlungen gegen Yitzhak Arad und andere ehemalige Partisanen nennt Zuroff eine „Unverschämtheit“. Kurz zuvor hatte ein Gericht die Inhaftierung des wegen seiner Beteiligung am Holocaust 2006 schuldig gesprochen Algimantas Mykolas Dailide abgelehnt. Von dem Nazi-Kollaborateur gehe keine Gefahr für die Gesellschaft aus.

„Vilnius hat den Titel Europäische Kulturhauptstadt nicht verdient“, urteilt Andrew Baker, Direktor für internationale jüdische Angelegenheiten beim American Jewish Committee (AJC) mit Blick auf die Ermittlungsverfahren und die schleppende Rückgabe ehemals jüdischen Besitzes, der von Nazis und Sowjets enteignet wurde.

Angesichts der Vorgänge in Litauen findet sich auf den Internetseiten der Cleveland Jewish News folgender Vorschlag: Vilnius möge statt zur Europäischen Kulturhauptstadt zur „Hauptstadt von Rassismus, Antisemitismus und Holocaustleugnung in Europa ernannt werden“.

Tatsächlich stellt sich das offizielle Litauen kaum den Schattenseiten der eigenen Geschichte. Das überall ausgeschleuderte Genozidmuseum in besten Innenstadtlage von Vilnius präsentiert detailliert die Verbrechen der Sowjets in Litauen. Über die Nazi-Besatzung von 1941–44 und den Massenmord an den Juden im Lande erfahren die Besucher so gut wie nichts. Das kleine jüdische Holocaustmuseum fristet ein Schattendasein in einem Park am Rande der Innenstadt.

## NS-Archiv digitalisiert

Der Internationale Suchdienst (ITS) in Bad Arolsen hat die Digitalisierung seiner Dokumente zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ (vgl. JA vom 8. Mai) abgeschlossen. Die Dokumente zeugten von ungeheuren Ausmaß der Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus, sagte Archivar Udo Jost am Montag in Bad Arolsen. Bis 2011 soll die Digitalisierung des gesamten Archivs abgeschlossen sein. Mehr als 6,7 Millionen Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit habe der ITS gesamt und indiziert, teilte Jost mit. „Die Digitalisierung dient dem Schutz und Erhalt der Originaldokumente.“ Die Gedenkstätten Yad Vashem in Jerusalem, das United States Holocaust Memorial Museum in Washington und das Nationale Institut des Gedenkens in Warschau erhielten jeweils eine Kopie.

Unter den Dokumenten sind Arbeitsbücher von Zwangsarbeitern, Krankenakten, Versicherungsunterlagen sowie Meldekarten von Behörden, Krankenkassen und Arbeitgeber. Zudem hat der ITS auch Listen über den Aufenthalt von Ausländern und deutschen Juden während des Zweiten Weltkriegs gesamt, die Anfang 1946 auf Befehl der westlichen Alliierten erstellt wurden. Die Listen enthalten Angaben zu Wohnorten, Arbeitgebern, Beschäftigungszeiten, Eheschließungen, Geburten und Grabstätten.

Der ITS dient Opfern der Naziverfolgung und deren Angehörigen, indem er ihr Schicksal mit Hilfe seiner Archive dokumentiert. Der Suchdienst untersteht dem sogenannten Internationalen Ausschuss, dem Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Israel, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Großbritannien und die USA angehören. Der ITS verfügt über 50 Millionen Hinweise mit Informationen über 17,5 Millionen Personen. Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkriegs mehr als zwölf Millionen Menschen als Zwangsarbeiter missbraucht. epd

www.its-arolsen.org

## Barak trifft Mubarak

Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak ist am Dienstag nach Ägypten gereist, um mit Präsident Husni Mubarak über die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Schalit zu sprechen. Palästinenser hatten Schalit im Juni 2006 in den Gasastreifen verschleppt. Ägypten vermittelt seither zwischen der Hamas und der israelischen Regierung, um eine Freilassung des Soldaten zu erwirken. Im Gegenzug sollen Palästinenser aus israelischer Haft entlassen werden. Beobachter des Treffens in der Mittelmeer-Hafen-



Ehud Barak Foto: imago

sagen, Barak wolle mit Mubarak auch über die Schmuggler-tunnel zwischen der ägyptischen Sinai-Halbinsel und dem Gasastreifen sprechen, der von der radikal-islamischen Hamas kontrolliert wird. Die ägyptischen Sicherheitskräfte hatten in den vergangenen Wochen Dutzende dieser Tunnel geschlossen, durch die sowohl Waffen als auch zivile Produkte in den Gasastreifen gelangen. dpa

» VOR 50 JAHREN «

## Jüdische Erziehung

Wie der Leiter der Erziehungs- und Kulturabteilung der Jewish Agency in der Diaspora, Israel Melman, in Paris mitteilte, werden zur Zeit jährlich rund 75 Millionen Dollar für die jüdische Erziehung ausgegeben. Die Jewish Agency allein stellt pro Jahr eine Million Dollar zur Verfügung. Es gibt gegenwärtig etwa 300 jüdische Tagesschulen in der ganzen Welt, ausgenommen die Länder hinter dem Eisernen Vorhang. Etwa 33 Prozent aller jüdischen Kinder in der Welt außerhalb Israels erhalten heute irgendeine Form jüdischer Erziehung. Der Lehrermangel ist jedoch groß. Es gibt rund 5.000 jüdische Lehrer zu wenig in der Welt.

„ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND“, 29. AUGUST 1958

# Waffenbrüder

## Russland und Syrien schmieden enge Bande – in Israel registriert man dies mit Besorgnis

VON GIL YARON

Die neuen Spannungen zwischen dem Westen und Russland nach dem Krieg in Georgien und der angekündigten Stationierung einer amerikanischen Raketenabwehr in Polen drohen nun auch den Nahen Osten in Mitleidenschaft zu ziehen. Auf seinem dritten Staatsbesuch in Russland innerhalb von drei Jahren versuchte der diplomatisch isolierte syrische Präsident Baschar al-Assad in der vergangenen Woche von dem Riss in den internationalen Beziehungen zu profitieren. So wurde Syrien, nach Venezuela und Weißrussland, zum dritten Staat, der sich im Konflikt auf die Seite Moskaus schlug: „Ich möchte meine volle Unterstützung zum Ausdruck bringen. Russlands militärische Reaktion war eine Antwort auf georgische Provokationen“, sagte Assad im russischen Ferienort Sotschi, wo er auf Einladung des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew zu einem zweitägigen Staatsbesuch eingetroffen war.

Der Besuch soll die engen Beziehungen zwischen Moskau und Damaskus weiter festigen. „Militärische und technische Kooperation sind die Hauptthemen. Waffenkäufe sind sehr wichtig“, sagte Assad. Er offenbarte seine Bereitschaft, russische Raketen in Syrien zu stationieren. Damit würden die beiden Länder zwei Probleme zugleich lösen: Russland könnte mit Raketen in Syrien das Raketenabwehrsystem in

Polen umgehen und seinen Einfluss im Nahen Osten stärken. Den Syrern dienten sie hingegen als Abschreckung gegen Israel. Eine Stationierung der „Alexander“-Raketen würde Jerusalem schwere Kopfschmerzen bereiten, da sie dank ihrer niedrigen Flugbahn die bereits bestehende Raketenabwehr unterlaufen könnten.

Die Beziehungen zwischen Russland und Syrien sind, zum Unmut Israels und Washingtons, ohnehin sehr eng. Das Handelsvolumen hat sich in diesem Jahr verdoppelt. In diesen Tagen soll eine große

russische Flotte, darunter der Flugzeugträger „Admiral Kusnetsov“ und mehrere Atom-U-Boote, im syrischen Mittelmeergebiet Tartus anlegen. Bereits im März hat Assad Moskau die Nutzung der Militärflughäfen Tartus und Latakia versprochen, um im Gegenzug Waffen billiger zu erhalten. Im Jahr 2005 schrieb Moskau 73 Prozent der syrischen Schulden ab, was massive neue Waffenkäufe Damaskus, zum Teil mithilfe iranischer Petrodollars, ermöglichte. Im Vorjahr lieferte Russland unter anderem den hochmodernen Kampfom-

ber MiG 31. Diesmal bemüht Assad sich um die Auslieferung von S-300-Flugabwehraketen, mit denen er einen großen Teil des israelischen Lufttraums beherrschen könnte.

Assad setzt nach dem Krieg in Georgien auf den Unmut der Russen gegenüber Israel. Israelische Ex-Generäle bildeten georgische Kommandos aus, israelische Firmen lieferten militärische Güter. Assad bezichtigte Agenten des Mossad, „an Terrorattentaten gegen russische Bürger in Südossetien und Abchasien beteiligt“ gewesen zu sein. In einem Interview mit russischen Agenturen sagte er: „Früher dachte man in Russland, dass man sich mit diesen Kräften verbünden kann, heute denkt hier wohl niemand mehr so.“

Das scheint aber nicht ganz zu stimmen: Trotz der Annäherung von Moskau und Damaskus scheint Präsident Medwedew nicht gewillt, nur auf ein Pferd zu setzen. Kurz vor dem Eintreffen Assads rief er auf eigene Initiative bei Israels Premier Ehud Olmert an und erörterte mit ihm, wie die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten weiter vertieft werden könnten. Einem Bericht der israelischen Zeitung Maariv zufolge teilte Olmert Medwedew dabei mit, dass Israel die Lieferung von offensiven und defensiven Waffen nach Georgien ausgesetzt habe. Gleichzeitig habe er Medwedew jedoch gebeten, neue Waffenlieferungen an Syrien nicht zu genehmigen.



Schlecht beraten: Russlands Präsident Dimitri Medwedew (l.), Syriens Staatspräsident Baschar al-Assad (r.)

Foto: dpa